

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Freitag, 8. Dezember 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinrich Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 8. Dezember.** Der Kaiser nahm vorgestern Nachmittag im königlichen Schloss aus den Händen des Geh. Ober-Regierungsraths Dr. Hermes die Orden des verstorbenen Vaters des Dr. Hermes entgegen. Später hatte der Kaiser mit dem Reichsfürst Grafen v. Caprivi eine Unterredung und empfing dann den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zum Vortrag. Um 4 Uhr fuhr der Kaiser nach Potsdam zurück und empfing Abends eine Einladung des Offiziers-Korps des Leib-Garde-Fußaren-Regiments, wo ein Abschiedsessen für die Majore von Hymn und Wietsta stattfand. Gestern Vormittag nahm der Kaiser den Vortrag des stellvertretenden Chefs des Militär-Kabinetts, Desfries von Lappe, entgegen.

In München geht das Gerücht, die Tochter des Herzogs Karl Theodor, des Bruders der Kaiserin von Oesterreich, Prinzessin Sofie, habe eine lebhaftige Zuneigung zu einem Rittmeister der Gajats und hoffe nunmehr, nachdem Prinzessin Elisabeth ihren Verlobten v. Seefeldt heirathet, dürfte, ebenfalls auf die Einwilligung der Familie zu ihrer Verbindung.

Der Gemahl des Prinzen Otto von Schaumburg-Lippe, Anna v. Köppen, ist der Name Gräfin von Hagenburg verliehen worden.

Kürzlich ging durch die Tagesblätter die Nachricht, daß das Offiziers-Korps der Garnison Soltau eine Einladung des russischen Dragoner-Regiments Nr. 18 in Wlawa zum Mittagsessen gefolgt sei und dabei eine lebenswichtige Aufnahme gefunden habe. Als Seitenstück zu diesem Wille kameradschaftlichen Einvernehmens zwischen den Offizieren jener Grenzgarisonen wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ mitgeteilt, daß höhere russische Polizeibeamte aus Sownowice der am 3. Dezember stattgehabten Einweihung des neuen Reichs-Festgebäudes in Kattowitz in Ober-Oesterreich beigewohnt und aus diesem Anlaß dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts Dr. v. Stephan ein Begrüßungsgramm übermittelt haben. Derselbe hat ihnen telegraphisch gedankt und hat besonders seiner Freude über die freundschaftliche Beteiligung russischer Kollegen an der Einweihungsfeier Ausdruck gegeben.

In den zwei Wochen vom 24. November bis 7. Dezember d. J. sind nach den im kaiserlichen Gesundheitsamt eingegangenen Meldungen nur noch 19 Cholerafälle vorgekommen, darunter 6 nur mit Cholera-Valterien-Nachweis, ohne äußerlich erkennbare Erkrankung. Seit mehreren Tagen haben sich neue Fälle überhaupt nicht ereignet. Jene 19 Fälle verteilen sich wie folgt: Obergebiet: In Gartz a. O., Gollnow und je einem Orte der Kreise Naugard, Uckermark, Angermünde und Gletwitz d. Schl. zusammen 12 Fällen.

Obgleich: Auf zwei Flußfahrzeugen im Kreise Niederbarnim und in einem Vorort des Kreises Mittenwald (nachträglich gemeldet) 6 (2) in Hamburg wurde bei einem Gelegenheitsarbeiter am 25. November Cholera nachgewiesen, ohne daß im Uebrigen mit dieser völlig vereinzelten Fall ein Weiterausbreiten der Cholera verbunden gewesen wäre.

Die „Nat.-Lib. Korresp.“ schreibt: „Die erste Fassung der Stempelsteuervorlage ist im Reichstag zu Ende gegangen und damit ist die Beratung der Steuer- und Finanzreform bis in den Januar verschoben. Die Beratung der Stempelsteuervorlage hat im Ganzen günstige Ansichten für eine Verständigung wenigstens über dieses Gesetz ergeben. Die Reformer des Zentrums, der National-Liberalen und der konservativen Parteien sprachen sich zu Gunsten der Grundlagen des Entwurfs aus, wenn auch natürlich im Einzelnen noch mancherlei Vorbehalte gemacht und Verbesserungen gewünscht wurden, insbesondere der Duntungs- und Bruchstempel und noch mancher Zurückhaltung begegnete. Die Einnahmen aus den neuen Stempelsteuervorlägen werden in der Begründung der Vorlage auf etwa 36½ Millionen M. veranschlagt, das machte beinahe schon zwei Drittel der neuen Militärausgaben. Der beinahe auf 6½ Millionen veranschlagte Ertrag des Duntungsstempels wird aber vielfach noch höher geschätzt. Nachdem die Mehrheit des Reichstags auf den großen Reformplan, die Umgestaltung der Einzelsteuern mit Reichszuschüssen, vorläufig nicht eingehen zu wollen scheint, bliebe also, unter Voraussetzung der unveränderten Bewilligung der Stempelsteuervorlage, nur noch ein verhältnismäßig geringfügiger Betrag des dringendsten Bedürfnisses zu decken. Die Schicksale der Tabak- und Weinsteuer liegen demnach noch zu sehr im Dunkeln, als daß man sie in das Bereich begründeter Berechnungen ziehen könnte. Daran aber wird wohl nicht zu zweifeln sein, daß der noch erforderliche Betrag auf irgend eine Weise ohne große Schwierigkeiten zu decken sein wird. Man wird es freilich vielfach bedauern, wenn die zur vollen Durchführung des Reformplanes erforderlichen Mittel jetzt nicht beschafft werden, insofern der für den Augenblick dringendsten Noth wird wohl abgeholfen werden und das Weitere wird die Zukunft bringen.“

Nach der Statistik des deutschen Reichs über Viehbestand und Viehzucht für 1892-93 oder Kalenderjahr 1892 an Viehbestand ergeben worden: im Braunsvergebiet 80,9 Millionen Mark oder 0,78 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, in Bayern 32,3 Millionen Mark oder 5,72 Mark auf den Kopf, Württemberg 9,2 Millionen Mark oder 4,50 Mark auf den Kopf, Baden 5,7 Millionen Mark oder 3,33 Mark auf den Kopf, und in Elsaß-Lothringen 2,8 Millionen Mark oder 1,71 Mark auf den Kopf. Die Vervielfachung hat betragen: im Braunsvergebiet 33,2 Millionen, in Bayern 15,1 Millionen, Württemberg 3,7 Millionen, Baden 1,7 Millionen, Elsaß-Lothringen 0,9 Millionen, und im ganzen deutschen Reich 54,8 Millionen. Zufußlich der Einzahl und abzüglich der Auszahl berechnet sich für das letzte Jahr der Viehverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung: im Braunsvergebiet auf 88,7 Liter, in Bayern auf 22,7 Liter, Württemberg 18,2 Liter, Baden 10,3 Liter, Elsaß-Lothringen 6,6 Liter und im ganzen Reich auf 10,7 Liter.

Die Vergleichungen in der Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses bedingte eine Aenderung in der Verteilung der Plätze in dem Sitzungssaal auf die verschiedenen Fraktionen. Während außer den beiden konservativen Fraktionen und der diesen zuzurechnenden

Wider bisher auch die Polen auf der rechten Seite des Hauses Platz fanden, und es nur der Abgabe einiger Plätze im Zentrum des Saales an die Freikonservativen bedurfte, genügen die 204 Plätze der rechten Seite jetzt nicht einmal mehr für Aufnahme der Konservativen aller Richtungen. Deren Zahl beträgt 207. Umgekehrt ist auf der linken Seite durch das Zusammenschließen der beiden vormaligen deutschfreisinnigen Gruppen und durch die Verluste des Zentrums ein entsprechendes Maß an Platz gewonnen worden. Es liegt daher in der Absicht, den Polen an Stelle ihrer bisherigen Sitzge rechts unmittelbar neben dem Präsidenten entsprechende Plätze auf der linken Seite anzuweisen. Dadurch wird es möglich werden, bis auf die in der Mitte zu placierenden Freikonservativen die sämtlichen konservativen Abgeordneten auf der rechten Seite unterzubringen, während auf der linken das Zentrum für die an die Polen abzugeben Plätze auf die freie gewordenen Plätze der Deutschfreisinnigen eintritt.

Im Uebrigen liegt es in der Absicht, den älteren Mitgliedern, soweit sich nicht Gelegenheit zu einer Verbesserung ihres Platzes bietet, ihre bisherigen Plätze thnlichst zu wahren. Die neu-gewählten Mitglieder werden dabei allerdings, wie auch sonst, zum Teil mit minder guten Plätzen vorlieb nehmen müssen. Dies ist bei der Unzulänglichkeit des jetzigen Sitzungssaales aber nicht zu vermeiden. Es wird hoffentlich aber das letzte Mal sein, daß die Platzverteilung für den jetzigen Sitzungssaal zu erfolgen hat.

Wie wir schon mitgeteilt haben, sind seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. Juni 1891 beim Patentamt 19.601 Gebrauchsmuster zur Anmeldung gelangt. An den Anmeldungen sind beteiligt: Preußen mit 9730, davon Berlin allein mit 3069, Bayern mit 1822, Sachsen mit 3246, Württemberg mit 734, Baden mit 777, Hamburg mit 449, die übrigen deutschen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen mit 1444 und das Ausland mit 1299. Während man bei den Anmeldungen des erwähnten Gesetzes davon ausgegangen war, daß der Gebrauchsmusterforschung im Großen und Ganzen nur für gewisse Industriezweige, wo die kleinen Erfindungen mehr zu Hause sind, von Bedeutung sein werde, erstrecken sich thnlichst die Anmeldungen auf fast alle Zweige der Technik. Die ersten Gruppen, wie Bekleidungsindustrie, Hand- und Reisegeräte, hauswirtschaftliche Geräte, Hochbauwesen, Kurzwaren, Schlangengeräte, Schneidwerkzeuge, Schreib- und Zeichenmaterialien zeigen ja eine recht starke Zahl der Anmeldungen, doch sind daneben noch andere Klassen mit in den Vordergrund getreten, z. B. elektrische Apparate, Gesundheitspflege, Beleuchtung, Heizungsanlagen, Sattlerei und Landwirtschast. Des Weiteren ist bemerkenswert, daß während in der ersten Zeit sich vorzugsweise das Kleingewerbe um den neuen Schutz bewarb, neuerdings mehr und mehr auch die Kreise der Großindustrie unter den Anmeldern erscheinen. Firmen wie Krupp, Grusonwerk, Siemens und Halske, Allgemeine Elektricitätswerke in Berlin und die meisten bekannten Maschinenfabriken, Eisenwerke, Holz- und Metallwarenfabriken sind heute an der Gebrauchsmusteranmeldungen ebenso wie bisher an den Patentanmeldungen beteiligt. Die Prüfung der Frage, ob der Gegenstand der Anmeldung ein schutzberechtigtes Gebrauchsmuster darstellt, liegt den ordentlichen Gerichten ob. Außerdem hat das Patentamt es für angezeigt erachtet, wenn Schöpfungsmuster, Warenzeichen, literarische Erzeugnisse u. s. w. angemeldet werden, in unbedenklicher Form darauf aufmerksam zu machen, daß offenbar der Anmeldung ein nicht schutzfähiger Gegenstand zu Grunde liege. Es sind den Anmeldern dadurch schon vielfache Kosten erspart worden. Auch ist die Anmeldung des Patentamtes, um kleinen Erfindungen eventuell den gleichfalls beantragten Patentschutz zu sichern, dazu übergegangen, sogenannte Eventualanmeldungen auf das Gebrauchsmuster zuzulassen. Das Verfahren gewährt den Vorteil, daß der Anmelder abwarten kann, was aus der Patentanmeldung wird, ohne daß die Priorität für die Gebrauchsmusteranmeldung verloren geht.

Von der Geschäftsstelle des Vereins der Spiritus-Fabrikanten in Deutschland wird geschrieben: Als Beweis für die Behauptung, daß dem Brennergewerbe mit der durch das Gesetz vom 24. Juni 1887 eingetretenen Kontingentierung ein Schaden in Höhe von 40 Millionen Mark zu Theil geworden sei, wird immer angeführt, daß für jedes Hektoliter Kontingentspiriturs der Brenner eine Steuererhöhung von 20 Mark genügt, was bei 2 Millionen Hektoliter Kontingent 40 Millionen Mark betrage. Leber vergessen die Anhänger der Liebesgabentheorie dabei hinzuzufügen, daß dem Brennergewerbe durch das Gesetz vom Jahre 1887 die weitgehenden Nachteile erwachsen sind: Die Produktion der deutschen Brennereien hat in Folge der ungeheuren steuerlichen Mehrbelastung des Brennereis von 410 Millionen Liter vor dem Jahre 1887 auf 297 Millionen Liter nach 1887 herabgesetzt werden müssen und trotz dieser reichlich ein Viertel des früheren Umfangs betragenden Produktions Einschränkung ist der Berliner Vorpreis für 70er Spiritus von 49,90 Mark pro 1000 Liter Prozent, wie er sich im Durchschnitt der Jahre 1879/86 stellte, auf 38,20 Mark im Durchschnitt der Jahre 1888 bis 1893 gesunken. Das Brennergewerbe konnte früher jährlich für 204,6 Millionen Mark Waare herstellen und absetzen, jetzt kann es kaum für 113,5 Millionen Mark Waare Verwendung finden, d. h. der Minderabsatz beträgt ca. 90 Mill. Mark, also fast die Hälfte. Wenn demgegenüber das Kontingent 40 Millionen Mark beträgt, so verbleibt immer noch ein Brutto-Einnahmeverlust von jährlich 50 Millionen Mark. Von einem Schaden oder irgend einem materiellen Vorteil für das Brennergewerbe kann also nicht die Rede sein; der Staat hätte höchstens die Waage gehabt, das Brennergewerbe noch um weitere 40 Millionen Mark zu schädigen, und diejenigen, welche jetzt die Aushebung der „Liebesgabe“ predigen, verlangen nichts weiter, als daß das Brennergewerbe als solches ohne jede Möglichkeit der Zurückhaltung von den Konsumenten jährlich eine weitere Steuerlast von 40 Millionen Mark übernehme.

Es ist eine der Sachverständigen wohl-knownnte Thatsache, daß die bei Vornahme chemischer Analysen erlangten Resultate es vielfach an der selbstverständlichen vorausgesetzten Lieber-ein-mung fehlen lassen, ohne daß man dafür etwa unzulängliches theoretisches Wissen oder praktische Können des einen oder anderen Chemikers oder gar ihren Mangel an hiesigen Kenntnissen verantwortlich machen könnte. Die Ursache der Nichtübereinstimmung des Resultats chemischer Analysen rührt vielmehr von der Verschiedenheit der angewandten Untersuchungsmethoden her. Angeht die her-vorragenden Methode nun, welche heutigen Tages die chemische Analyse in zahlreichen Fragen des industriellen und landwirtschaftlichen Betriebes, bei der Kontrolle von Fabrikationsverfahren, und nicht zum wenigsten auch in Sachen der Gerichts-chemie und der Volkshygiene spielt, wird der vor-erwähnte Liebestand als solcher allseitig empfun-den, und in fast allen Kulturstaaten finden periodische Chemikerkongresse statt, welche sich die Herbeiführung einer größeren Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der chemischen Untersuchungs-methode anlegen lassen. Allein auch das genügt bei dem heutigen Stande der wissenschaft-lichen Forschung nicht mehr, und so ist beim der Gedanke der Veranstaltung eines internationalen Chemikerkongresses aufgelaufen und allseitig sym-pathisch begrüßt worden. Dadurch ermöglicht, hat der Verein belgischer Chemiker die Sache jetzt praktisch in Angriff genommen und Einladungs-schreiben zur Teilnahme an einem für den 4. August d. J. in Brüssel zu eröffnenden Kong-ress erlassen, dessen Verhandlungen lediglich den Problemen der angewandten Chemie gewidmet sein sollen. Als Einzel der Thätigkeit bereizet Kongress, der periodisch zusammenzutreten würde, wird die Schaffung international vereinbarter chemischer Untersuchungsmethoden bezeichnet, welche allein einen sicheren Vergleich der Analysen der verschiedensten chemischen Sachverständigen unter sich und mit anderen ermöglichen.

Während der erste entschiedene Wider-spruch gegen die neue preussische Abgabe aus der Kreise der Laien herkommt, treten jetzt auch die akademischen Vertreter der wissenschaftlichen Theo-logie der Reihe nach mit ihrer Gegnerschaft her-vor. Das Urtheil dieser Männer wiegt nun so schwerer, als sich die theologischen Universitäts-lehrer fast ausnahmslos einer überaus großen Zurückhaltung in allen kirchlichen Streitfragen be-fleißigen. Prof. Weyermann in Heidelberg äußert sich in einer Schrift über den Agendenentwurf folgendermaßen:

„Die Abgabe ist kein Uniformrock, aber sie hat einen kirchenpolitischen Werth für den inneren Zusammenhalt der Landeskirche: sie ist kein Dis-ziplinar- und Bändigungs-mittel für trüg lehrende Pfarrer, aber sie hat einen kultischen Werth für die Sicherung der Erhaltung der Gemeinde durch die Darstellung des frommen Gesamtbewußtseins. Nach diesen Seiten hin aber wird sie ihren Werth nur entfalten und wirklich bezeugen können, sofern sie dem Wandel des allgemeinen Gesinns vor sich nachgeben und Zeit zu Zeit reformirt wird.“ Und weiter: „Es muß irgendwo und irgendwie klar und deutlich ausgesprochen werden, daß die neue Abgabe kein Gesetz ist, dem sich Gemeinde und Pfarrer einfach und bei Ver-meidung von Strafe zu unterwerfen hätten. Eine Abgabe ist kein Gesetz, wie es etwa der römische Messkanon ist; so soll sie es auch nicht sein wollen; sie ist nichts als eine Handreichung des Reichthums an die Gemeinden und Pfarrer, welche sich selbst empfiehlt durch das Gute, was sie darbietet, und empfiehlt, ans Herz gelegt, auf die Seele gebunden wird wegen ihres dop-pelten, kirchenpolitischen und erbaulichen Wertes. Und wenn nun alle Opposition nichts nützt? Wenn der Entwurf eingeführt, als Gesetz ein-geführt wird, ohne Widerungen in Betreff des Be-fähigungs, ja vielleicht sogar — die Angelegen-heit ja vor — mit Verschärfungen, was dann? Dann würde eine vielleicht wohlmeinende, aber jedenfalls kurzfristige und engherzige Partei die Genehmigung haben, auszufragen zu können: wir haben gesagt. Aber dieser Satz würde eine Nie-derlage der preussischen Landeskirche bedeuten in den Augen aller derer, die diese Kirche als eine lebendige, volkshnliche, als vielfache Volkskirche, nicht bloß als eine offizielle Landeskirche wollen. Gestärkt würden sich fühlen die kleinen Theologien-freie, die sich jetzt noch eine Zeit lang der moder-nen Entwicklung der Kirche entgegenstemmen; hin-ausgepfosten oder innerlich gekümmert dagegen müßten diejenigen sein, die selbst in dieser Entwicklung stehen und einsehen, daß sie nicht gewaltsam auf-gehalten werden darf, wenn nicht eine schwere Krisis des ganzen kirchlichen Lebens heraufbeschworen werden soll. Wird es wirklich diesen Ausweg nehmen? — Ueber der preussischen Landeskirche waltet an höchster Stelle ein jugend-lich offener, gerader, gerechter und unternehmender Sinn: sollte, wenn alle sonstigen Instanzen ver-fagen, ein offenes Wort der Kirche, nicht um ver-letzte Rechte, sondern um verletztes Gewissen, bei ihm nicht in letzter Stunde vor der Sanktionirung Gehör finden?“

Neulich äußert sich der Straßburger Pro-fessor Spitta, ein Mann, der auf dem rechten Flügel der Mittelpartei steht.

Die Annahme der „kleinen Handelsver-träge“ mit beträchtlicher Mehrheit in der Kom-mission wird nunmehr den Zweifeln ein Ende gemacht haben, die bis in die letzten Tage hinein über deren Schicksal laut wurden. Gewiß werden in der zweiten Lesung alle die kräftigen und tapferen Reiter noch einmal wiederholt werden, die schon in der ersten Lesung und in der Kom-mission von den Gegnern gehalten worden sind. Aber schließlich wird doch auch hier nur wieder das Ergebnis der Kommissionsabstimmung be-stätigt werden. Von Herrn Dr. Lieber ist bean-tragt worden, die Erklärung des Reichstags von Marzschall, daß Niemand durch seine Abstim-mung über den rumänischen Vertrag die Verpflichtung übernehme, später auch für den Vertrag mit Ruß-land zu stimmen, zu Protokoll zu nehmen. Der Vertrag mit Rußland liegt noch nicht vor, und ob er kommen wird, ist zweifelhaft. Umsoher könnte die feierliche Protokollierung einer ohnehin ganz selbstverständlichen Erklärung einen Stich ins Komische erhalten, wenn man nicht wüßte, in welchen Nothen das Zentrum wäre. Die agrarische und die industrielle Seele in der Mitte der entscheidenden Partei wollen sich nicht mehr vereinen lassen. So muß nach außen hin wenigstens durch die protokollarische Aufnahme von Ministererklärungen und durch papierne Re-solutionen der Schein erweckt werden, als ob die Meinungsverschiedenheit nur von untergeordneter Bedeutung und Alles beim Alten wäre. Zu den papiernen Resolutionen wird wohl auch der lang-atmige Antrag zu rechnen sein, den Herr Dr. Lieber der Handelsvertragskommission noch unter-breitet hat und über den demnächst verhandelt werden soll. Internationale Schiedsgerichte für Handelsstreitigkeiten, gemeinsame Regelung der

Währungsfrage, des Börsewesens, der Arbeiter-schutzgesetzgebung, bürgerlich-rechtliche Organi-sation der Landwirtschaft und endlich ein den Bedürfnissen entsprechendes Agrarrecht. Wer Vieles bringt, wird Manchem Etwas bringen. Ob aber auch der Reichstag dem reichhaltigen Reformprogramm Gehör abgewinnen wird, könnte doch fraglich erscheinen.

Die Abg. Dr. Böckel und Genossen haben folgenden Gesetzentwurf, betreffend Abän-derung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte vom 7. Juli 1879, eingebracht: Artikel 1. An Stelle der §§ 9, 13, 14, 17, 38, 47, 76, 93 treten folgende Bestimmungen: § 9. In bürger-lichen Rechtsstreitigkeiten werden die Gebühren nach dem Werthe des Streitgegenstandes erhoben. Der Gebührensatz beträgt bei Gegenständen im Werthe von: 1. bis 60 Mark einschließlich 1 Mark, 2. von mehr als 60 bis 120 Mark ein-schließlich 2 Mark, 3. von mehr als 120 bis 200 Mark einschließlich 4 Mark, 4. von mehr als 200 Mark bis 350 Mark einschließlich 6 Mark, 5. von mehr als 350 bis 550 Mark einschließlich 8 Mark, 6. von mehr als 550 bis 800 Mark ein-schließlich 12 Mark, 7. von mehr als 800 bis 1200 Mark einschließlich 14 Mark, 8. von mehr als 1200 bis 1800 Mark einschließlich 20 Mark, 9. von mehr als 1800 bis 2600 Mark ein-schließlich 25 Mark, 10. von mehr als 2600 Mark bis 3600 Mark einschließlich 30 Mark, 11. von mehr als 3600 bis 4800 Mark einschließlich 36 Mark, 12. von mehr als 4800 bis 6200 Mark ein-schließlich 44 Mark, 13. von mehr als 6200 bis 8000 Mark einschließlich 54 Mark, 14. von mehr als 8000 bis 10.000 Mark einschließlich 64 Mark. Die ferner den Werthklassen steigen um je 2000 Mark und die Gebührensätze in den Klassen bis 30.000 einschließlich um je 2 Mark, bis 100.000 einschließlich um je 3 Mark, und darüber hinaus um je 4 Mark. — § 13. Die Sätze des § 9 stehen dem als Prozessvollmächtigten bestell-ten Rechtsanwalt zu: 1. für den Geschäftsbetrieb, einschließlich der Information, der Vertretung in dem Termin zur Leistung des Eides, sowie in einem Weisungnahmeverfahren (Prozessgebühr); 2. für die mündliche Verhandlung (Verhandlungs-gebühr); 3. für die Mitwirkung bei einem zur Verlegung des Rechtsstreites abge-schlossenen Vergleich (Vergleichsgebühr). — § 14. Soweit der Antrag vor der mündlichen Verhandlung erledigt ist, ohne daß der Rechts-anwalt die Klage eingereicht hat, oder einen Schriftsatz hat zustellen lassen, steht ihm die Prozessgebühr nur zu zwei Theilen zu. In einem Verfahren, für welches eine mündliche Ver-handlung durch das Gesetz nicht vorgeschrieben ist, findet die gleiche Ermäßigung statt, soweit der Antrag erledigt ist, bevor der Antrag an das Gericht eingebracht, der mündliche Antrag gestellt oder der Antrag an den Gerichtsvollzieher oder den diesen Auftrag vermittelnden Gerichtsschreiber ertheilt ist. — § 17. Zu streichen. — § 38. Im Wahlverfahren erhält der Rechtsanwalt von den Sätzen des § 9: 1. drei Zehntel für die Er-wirkung des Zahlungsbefehls, einschließlich der Mittheilung des Widerspruchs an den Auftrag-geber; 2. ein Zehntel für Erhebung des Wider-spruchs; 3. ein Zehntel für die Erwirkung des Vollstreckungsbefehls. Der Gehalt in Nr. 2 wird auf die in dem nachfolgenden Rechtsstreite zu-stehende Prozessgebühr und die in Nr. 3 auf die Prozessgebühr für die nachfolgende Zwangsvollstreckung angerechnet. — § 47. Für einen ertheilten Rat erhält der nicht zum Prozessvollmächtigten be-stellte Rechtsanwalt eine Gebühr in Höhe von zwei Zehntel der Prozessgebühr. Eine Gebühr in Höhe von fünf Zehntel der Prozessgebühr steht dem mit Einlegung der Berufung oder der Revision beauftragten Rechtsanwalt zu, wenn der-selbe von der Einlegung abtritt und der Auftrag-geber seinen Auftrag zurücknimmt. — § 76. Für die Höhe der dem Rechtsanwalt zustehenden Schreibgebühren sind die Vorschriften des § 80 des Gerichtskostengesetzes maßgebend. Bei Schrift-sätzen, welche die Höhe von zehn Seiten über-schreiten, wird für die überschüssigen Seiten-zahl jeder Abschrift nur die Hälfte des be-zugnehmenden Betrages vergütet. — § 93. Andere als die in vorstehenden Paragraphen fest-gesetzten Gebühren zu berechnen, ist dem Rechts-anwalt nicht gestattet; insbesondere ist es un-ter-sagt, den Betrag der Vergütung durch Vertrag abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes festzusetzen. Verträge dieser Art sind ungültig. — Artikel II. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft. — Von demselben Abge-ordneten wurde ferner ein Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Zivilprozeß-Ordnung vom 30. Januar 1876 (Reichs-Gesetzblatt S. 83) einge-bracht. Artikel I. An Stelle der §§ 74, 75, 79, 83, 86 treten folgende Bestimmungen: — § 74. Zu streichen. — § 75. Vor allen Gerichten kön-nen die Parteien den Rechtsstreit selbst oder durch jede prozeßfähige Person als Bevollmächtigten füh-ren. — § 79. Eine Beschränkung des gesetzlichen Umfangs der Vollmacht hat dem Gegner gegen-über nur insoweit rechtliche Wirkung, als die Beschränkung die Befreiung des Rechtsstreites durch Vergleich, Vergleichsleistung auf den Streit-gegenstand oder Anerkennung des vom Gegner geltend gemachten Anspruchs betrifft. — § 83. Dem Gegner gegenüber erlangt die Kündigung des Vollmachtvertrages erst durch die Anzeige des Erlöscheins der Vollmacht, bei Vertretung durch einen Rechtsanwalt erst durch die Anzeige der Ver-stellung eines anderen Anwalts rechtliche Wirkun-gen. Der Bevollmächtigte wird durch die von seiner Seite erfolgte Kündigung nicht gebindert, für den Vollmachtgeber so lange zu handeln, bis dieser für Wahrnehmung seiner Rechte in anderer Weise gesorgt hat. — § 86. Eine Partei kann mit jeder prozeßfähigen Person als Beistand er-scheinen. Das vom Beistand Vorgetragene gilt als von der Partei vorgebracht, insofern es nicht von dieser sofort widerrufen oder berichtigt wird. — Artikel II. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Der Antrag des Abg. Böckel, betreffend Aenderung der Strafprozeßordnung, bezweckt die Abschaffung des jetzt geltenden Anwaltszwangs. Jeder Rechtsuchende soll vor jedem Gericht seine Sache selbst oder durch eine andere prozeßfähige Person führen können.

Die Anfrage des Abg. Werner, betreffend die Sonntagsruhe am Weihnachtsesttag und an Heilabend, ist auch von einzelnen konservativen, National-liberalen und Freisinnigen unter-zeichnet.

Der Zentralverein für das Volk der arbeitenden Klassen hielt am Mittwoch Abend im

Herrenhause unter Vorsitz des Professor Dr. von Geise seine Jahresversammlung ab. Dem Bericht zufolge zählt der Verein zur Zeit 1137 Mitglie-der, darunter befinden sich 195 Behörden, Körper-schaften und Vereine, 147 Altien- und andere Gesellschaften und 5 permanente Mitglieder. Von den persönlichen Mitgliedern entfallen 260 auf Berlin, 321 auf die preussischen Provinzen, 199 auf die übrigen deutschen Staaten, 4 auf die Schweiz, 3 auf Oesterreich und je eins auf Luxemburg, England und Italien. Für Vereins-zwecke wurden im laufenden Jahre 12.700 Mark verwendet. 7500 Mark wurden zu den Kosten der Vereinszeitung „Der Arbeiterfreund“ aufge-wendet, der in einer Auflage von 1409 Exem-plaren erscheint, 2000 Mark Beihilfe wur-den zur Fortführung der „Sozialkorrespondenz“ und des „Volkswohl“ gewährt, mit 2000 Mark betheiligte sich der Verein an den Kosten der Zentralstelle für Arbeiter-wohlthätigkeitsanstalten, 1000 Mark wurden für die Entsendung einer technischen Lehrerin zur Veltausstellung nach Chicago veranlagt, und endlich erhielt der Ver-treter Verein für Volksbildung 200 Mark Bei-hilfe zu den Kosten der Veltausstellung an der Weltausstellung in Chicago. Es verblieb ein Baarbestand von 1708 Mark und ein Effektenver-mögen von 63.000 Mark. Mit einem künftigen Sndangefahrt von 45.000 Mark war i. J. vor 47 Jahren der Zentralverein begründet worden. Die bisherigen Mitglieder des Vorstandes, von Geise, Stadtrath a. D. Gerty und Abgeordneter Sembart, wurden wiedergewählt, neu in den Aus-schuss traten Professor Dr. Weber und Prof. Dr. Seering.

Danzig, 7. Dezember. Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Staatsminister von Götzer, hat als Staatskommissar für das Weichsel-gebiet angeordnet, daß die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der im Stromgebiet der Weichsel verkehrenden Fahrzeuge auf sämtlichen Ueber-wachungsstellen eingestellt werden soll. Dement-sprechend findet auch die Erhebung einer Ver-gütung zur theilweisen Deckung der aus der Ueberwachung erwachsenden Kosten von den passirenden Fahrzeugen nicht mehr statt.

Altona, 7. Dezember. Die hiesige Stadt-verwaltung genehmigte soeben die Anlage eines Freibezirks nach Bremer Muster und bewilligte die Einrichtungskosten im Betrage von 250.000 Mark. Die Bewachungskosten übernimmt der Staat.

Neustadt a. d. Saardt, 7. Dezember. Am nächsten Sonntag findet im hiesigen Saalbau eine große Versammlung sämtlicher pädagogischen Vereinsmitglieder statt. Hauptredner ist der Reich-rath Dr. Bühl.

### Belgien.

Brüssel, 7. Dezember. Bisonte Dejonghe Arbode, ehemaliger belgischer Gesandter in Peters-burg und in Wien, ist heute hier gestorben.

### Frankreich.

Dupuy nahm gestern den Präsidenten in der französischen Deputiertenkammer ein und dankte in einer Ansprache für seine Wahl. Er werde das Bestreben haben, die Freiheit der Tribune zu schützen und seiner Thätigkeit den Charakter der Höflichkeit, der Mäßigkeit und Billigkeit zu wahren. Dupuy schloß mit dem Ausdruck der Ueber-zeugung, daß die neue Legislaturperiode die Hoff-nungen der Republik und des Vaterlandes nicht verfehligen werde. (Beifall.) Die Kammer nahm mit 387 gegen 93 Stimmen den Antrag Barodet an, betreffend die Ernennung einer Kommission, welche mit der Sammlung und Veröffentlichung der Wahlprogramme beauftragt werden soll. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte Daul, eine Kommission von 44 Mitgliedern zu ernennen mit dem Auftrage, eine Enquete über den Streik im Departement Pas de Calais und über die Ausbeutung der Kohlengruben zu bilden. Daul verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit und sofortige Beratung, erklärte sich aber auf eine Gegenüberstellung des Ministers der Arbeiten damit einverstanden, daß die Beratung erst am Mon-tag stattfinden.

### Paris.

Paris, 7. Dezember. Die Kammer be-schloß, eine Untersuchung über die Wahl des Bischofs de Vogue anzustellen.

Paris, 5. Dezember. Die gestrige Kammer-sitzung, welche die Wiede und gleichzeitig beinahe das Grab des „großen Ministeriums Rouvier“ war, zerfiel in zwei Theile, die man sorgfältig auseinanderhalten muß. Der erste Theil bezieht die Ministererklärung in sich, der andere die Annahmedebatte, welche nach dem unerwarteten Schweigen des angeblich „nicht vor-berereiten“ neuen Konstitutionspräsidenten und einer sehr dürftigen Rede des neuen Ministers des Innern, Raynaud, der „Synagoga-Banze“, wie ihn Rodorf nennt, keine erfreuliche Wendung für die Nachfolger des Ministeriums Dupuy nahm.

### Italien.

Rom, 7. Dezember. In parlamentarischem Kreise verläutet, Zanardelli habe sich heute Abend in Folge der Ablehnung von Barateri, Nachia und San Marzano, in die Kombination Zanardelli einzutreten, entschlossen, von dem Auf-trage zur Kabinetsbildung zurückzutreten.

Rom, 7. Dezember. Zanardelli hat auf ein Mandat Verzicht geleistet.

Die Situation ist noch immer nicht geklärt. Die Aenderung der Zensur verbietet, Gründe mit-zutheilen.

### Spanien und Portugal.

Lissabon, 7. Dezember. Der deutsche Ge-sandte von Bray-Steinburg ist heute hier wieder eingetroffen.

### Dänemark.

Kopenhagen, 7. Dezember. Dem von der Prinzessin Waldemar organisierten Komitee zur Hilfsfrage für die Hinterlassenen der bei Harbore verunglückten Fischer sind von der Frau Prinzessin Heinrich von Preußen 300 Mark durch die deutsche Gesandtschaft übermittelt worden.

### Großbritannien und Irland.

Zum Schutze der englischen Nordsee-fischer ist dieser Tage das erst vor ganz kurzer Zeit im Gatham Dockyard fertig gestellte neue Kanonenboot „Niger“ beordert worden. Die winterrliche Jahreszeit mit ihren Witterungs-unbilden wird dem Fahrzeuge reichliche Gelegen-heit zur Erprobung seiner Seetüchtigkeit geben, und darin besteht auch der hauptsächlichste Zweck der Maßregel. Im Fall das Kanonenboot das



Regierungsanhänger, welche in die Hände der  
Insurgenten fallen sollten, gesichert bleibt.